

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 4 bis 6:

Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen <u>Europasder EU</u> genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

Von Zeile 20 bis 22:

hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung <u>Europas</u>der <u>EU</u>. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich <u>Europadie EU</u> mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich.

Von Zeile 26 bis 29:

Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europain die EU kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze EU-Außengrenzen. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.

Von Zeile 31 bis 34:

deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seinerdie EU ihrer Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind

Von Zeile 52 bis 54:

Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots <u>der EU</u> durchgeführt werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige

Von Zeile 67 bis 70:

Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europadie EU mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa Die EU muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe

Von Zeile 95 bis 97:

werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge Rechnung getragen werden. Wir wollen <u>europaweitEU-weit</u> einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und

Von Zeile 99 bis 100:

Nach unserem Verständnis der europäischen Werte <u>der EU</u> und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der

Von Zeile 107 bis 109:

Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft der EU, verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-

Von Zeile 113 bis 115:

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt <u>Europadie EU</u> nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. <u>EuropaDie EU</u> hat sich dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf

Von Zeile 119 bis 121:

Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen EU-Regierungen darum, eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor

Von Zeile 198 bis 200:

Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europasder EU in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungprogramme wieder einführen. Neben

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.